

## Bürgergenossenschaften zur Daseinsvorsorge

13.12.2019

Um die Wirtschaftskraft, bezahlbaren Wohnraum und eine erweiterte auch soziale Infrastruktur nachhaltig sicherzustellen, sind neben den Kommunen auch Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Kirchen, Stiftungen und Unternehmen selbst gefragt aktiv zu werden. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der demografische Wandel und geänderte Ansprüche an die Gestaltung des persönlichen Lebensumfelds sowie der gestiegene Wunsch nach regionaler Partizipation, weisen neue Herausforderungen für die Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen vor Ort auf. Durch die Ausdünnung der Infrastruktur entstehen Versorgungsengpässe in den städtischen Quartieren, aber vor allem auch in ländlichen Gemeinden, was die Abwanderungstendenzen verstärkt. Zunehmend wird deutlich, dass die Herausforderungen weder rein durch Marktmechanismen noch die öffentliche Hand allein gemeistert werden können. Hier sind Lösungsansätze gefragt, die es ermöglichen gemeinsam – vor allem zusammen mit der Zivilgesellschaft – Projekte zu initiieren und innovative Ideen nachhaltig zu gestalten. Die im Folgenden aufgelisteten Entwicklungen zeigen beispielhaft auf wie mannigfaltig die Tätigkeitsfelder sind, in denen Handlungsbedarf besteht, und wie differenziert die zu bewältigenden Aufgaben durch genossenschaftliche Kooperationen gelöst werden können:

- Die demografische Entwicklung der Bevölkerung ist durch einen anhaltenden Alterungsprozess geprägt, der Pflege- und Betreuungsaufwand steigt und dem Wunsch nach dem Älterwerden in vertrauter Umgebung muss begegnet werden. Dazu braucht es neue Formen von bürgerschaftlichem Engagement, gegenseitiger Unterstützung, häuslicher Betreuung und haushaltsnahen Dienstleistungen.
- Bedarf an bezahlbaren und dezentralen Wohn- und Pflegeformen, welche die individuellen Bedürfnisse (z.B. Barrierefreiheit, Betreuungsangebote, attraktive Mietwohnungen für junge Erwachsene) befriedigen können und zusätzlich innovative Angebote, wie beispielsweise Coworking-Spaces.
- Eine weitere Herausforderung ist der Rückzug der Nahversorgung mit Lebensmitteln, Gütern des täglichen Bedarfs, Postservice, Banken sowie gastronomischen Angeboten aus dem ländlichen Raum, aber auch aus stadtnahen Wohnquartieren. Hier haben sich in den letzten Jahren unter anderem genossenschaftlich geführte Dorfläden und Dorfgasthäuser, sowie multifunktionale Nahversorgungs- und Begegnungszentren als Erfolgskonzept bewährt.
- Durch den Wegfall öffentlicher und kirchlich-sozialer Einrichtungen und Angebote entfallen zudem vermehrt Begegnungsmöglichkeiten, generationenübergreifende Kommunikationsmöglichkeiten sowie Gemeinschaftseinrichtungen. Hier schaffen genossenschaftliche Angebote erfolgreich Abhilfe, indem sie Räume für generationenübergreifende Begegnungen zur Verfügung stellen. Oftmals ist dies verbunden mit kulturellen Angeboten.
- Zudem steht der Ausbau des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) oben auf der Agenda: eine verlässliche Anbindung auch in ländlichen Regionen wird angestrebt, was jedoch nicht für jeden Ort möglich sein wird. Demzufolge werden zusätzliche Angebote benötigt, um auch mobilitätseingeschränkten Personen die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Darüber hinaus wird Mobilität per se neu zu denken sein – beispielsweise in Form von sozialverantwortlichen und ökologischen Sharing-Modellen – die bereits heute erprobt werden.
- Auf der anderen Seite bietet der Ländliche Raum Ressourcen wie z.B. die Erzeugung und Nutzung von Erneuerbaren Energien (Wind, Wasser, Sonne, Biomasse). Hier können Genossenschaften geeignete dezentrale Strukturen schaffen und somit die Wertschöpfung in der Gemeinde bzw. Region erhalten.

## Ergebnisse

Der BWGV und seine Mitglieder planen und unterstützen Lösungen zur zukunftsfähigen Entwicklung von ländlichen Gemeinden und städtischen Quartieren. Die genossenschaftliche Grundidee, das Bestreben um einen ökonomisch erfolgreichen Geschäftsbetrieb im Einklang mit den individuellen Interessen der einzelnen Mitglieder entspricht der Doppelnatur der Genossenschaften. Darüber hinaus zeichnen sie sich durch eine spezielle Wertestruktur aus. Aspekte wie Selbsthilfe, Nachhaltigkeit, Solidarität und regionale Partizipation sowie der Förderauftrag (ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal dieser Rechtsform) tragen zur Fortentwicklung und Ergänzung der benötigten Leistungen in ländlichen Räumen und Stadtquartieren bei. Die Förderung der Mitglieder stellt das oberste Unternehmensziel dar. Die darauf aufbauende Wertestruktur schafft Vertrauen, indem sie Stabilität, Transparenz und solide Finanzierungsstrukturen sowie Identifikation durch die Beteiligung aller Akteure vor Ort schafft. Dies trägt erheblich zur aktiven Gestaltung des demografischen und strukturellen Wandels bei. Gerade in Baden-Württemberg gibt es bereits eine Vielzahl positiver Beispiele, die sich im Rahmen der **Veranstaltungsreihe Bürgergenossenschaften** vorstellen:

|  |   |
|--|---|
| <b>Bürgerenergie Ostfildern eG</b>                 | Ziel: Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien; Etablieren neuer Geschäftsfelder (z.B. Mieterstrom, Nahwärme, E-Mobilität)<br>Angebot: Erstellung und Betrieb von Energieerzeugungsanlagen   |
| <b>dasröße eG</b>                                  | Ziel: Sicherstellung der gastronomischen Nahversorgung und Raum für soziale Begegnungen; Einbindung von Vereinen, Bürgern, Öffentlichkeit, etc.<br>Angebot: Betreiben des Dorfgasthauses  |
| <b>BSG Biberach eG</b>                             | Ziel: Schließen von Versorgungslücken und neue Rahmenbedingungen für ein selbstgestaltetes und selbstbestimmtes Leben schaffen<br>Angebot: Unterstützung bei der Bewältigung der alltäglichen Arbeit – insbesondere für ältere Menschen, aber auch für Familien (bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie) |
| <b>Bürgerbahnhof Leutkirch eG</b>                  | Ziel: Erhalten und Beleben des alten Bahnhofgebäudes; Bürgerbeteiligung (Bürger-Bahnhof-Botschafter) und Beteiligung der regionalen Unternehmerschaft (finanziell und ideell)<br>Angebot: Vermietung von Räumlichkeiten für Gastronomie, Dienstleister, Geschäfte, Versammlungsraum, etc.                     |
| <b>Lichtenstern Wohnprojekte am Neckarbogen eG</b> | Ziel: Inklusion mitten im neu entstandenen Bundesgartenschau-Quartier in Heilbronn; Netzwerkarbeit: Kontakt zu Vereinen, Initiativen und der Nachbarschaft<br>Angebot: Betreutes Wohnen und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung  |
| <b>wohnbau bogenständig eG</b>                     | Ziel: Schaffung von Wohn- und Aufenthaltsräumen (auch für behinderte, chronisch kranke und sozial benachteiligte Menschen).<br>Angebot: Projektentwicklung für Gemeinwohlbedarfe (u.a. baurechtliche Rahmenbedingungen, Bedarfsermittlung, Fördermittel, Wirtschaftlichkeit)                                  |
| <b>Bürgergenossenschaft Neuweiler eG</b>           | Ziel und Angebot: Schaffung von Wohnraum, sowie von Betreuungs- und Begegnungsmöglichkeiten für ältere Menschen (ambulant betreute Wohngruppe, Tagespflege, Wohnen mit Service, Begegnungscafé, Nahversorgung, Fahrdienste, etc.)   |
| <b>teilAuto Neckar-Alb eG</b>                      | Ziel und Angebot: Ausbau und Etablierung von CarSharing (unter anderem in Form von Elektromobilität) in Tübingen und Umgebung   |
| <b>WeilerMobil (WeilerWärme eG)</b>                | Ziel und Angebot: Ausbau und Etablierung von CarSharing – in Form von Elektromobilität (Energiewende als Geschäftszweck in der Satzung)   |
| <b>BürgerEnergie Schwarzwald eG</b>                | Ziel und Angebot: Vermarktung von Ökostrom und Ökogas sowie Elektromobilität  |

Ein weiteres Vorzeigebeispiel ist das **Forschungsprojekt KoDa eG – Kommunale Daseinsvorsorge durch Bürgergenossenschaften**. SPES und K-Punkt entwickeln zusammen mit dem zze (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung), dem BWGV, dem Gemeindetag Baden-Württemberg und weiteren Projektpartnern ein neues hybrides Bürgergenossenschaftsmodell, unter dessen Dach verschiedenste Leistungen der Daseinsvorsorge gebündelt, organisiert und finanziert werden können. Statt mehrerer einzelner Genossenschaften und Vereine mit jeweils eigenem Vorstandsteam wird eine gemeinsame (Dach-)Organisation gegründet. Damit wird das sektorale Denken überwunden und es können ganzheitliche und umfassende Lösungsansätze umgesetzt werden. Mit der gemeinsamen neuen Organisationsstruktur werden Synergien genutzt, der administrative Aufwand reduziert, und das Vorstandsteam kann durch eine Geschäftsführung entlastet werden.



Neben den bereits aufgezeigten Best-Practice-Beispielen, lieferten auch die Impulsvorträge der Vertreter aus Politik und Wissenschaft sowie dem Gemeindetag und der Allianz für Beteiligung wichtige Erkenntnisse. Die Funktionserhaltung in Ländlichen Räumen, derer es bedarf um dem Wegbrechen der Daseinsversorgung und somit Konsequenzen wie der Abwanderung von Fachkräften, dem geringer werdenden Anteil junger Menschen und vielem mehr entgegenzutreten, kann durch genossenschaftliche Strukturen sichergestellt werden: Subsidiär-kooperative genossenschaftliche Organisationsmodelle als Lösung für ländliche Räume und Stadtquartiere! Die im Rahmen der Veranstaltungsreihe präsentierten konkreten Projekte wie auch die vorgestellten Konzepte und Ideen haben eindrucksvoll aufgezeigt wie Genossenschaften diese innovativen Lösungsansätze erfolgreich umsetzen können. Die vielfältigen Leistungen sorgen für ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld für alle Anspruchsgruppen unserer Bevölkerung. Durch die Berücksichtigung typischer genossenschaftlicher Werte, wie Nachhaltigkeit, Solidarität und regionale Partizipation, tragen genossenschaftlich organisierte Projekte zur Sicherstellung lebenswerter ländlicher Räume und (Stadt-)Regionen bei. Als regionale Kooperationen fördern sie eine ganzheitliche Quartiersentwicklung, eine solide Finanzierung (gegebenenfalls Quersubventionierung durch Bildung einer Dachgenossenschaft) und die Beteiligung aller Akteure vor Ort, was in vielen Bereichen vermehrt an Bedeutung gewinnt. Zu beachten ist, dass stets die Gründung einer eingetragenen Genossenschaft vorausgeht und dies mit personellen, administrativen sowie finanziellen Aufwendungen für den Gründungsprozess verbunden ist. So stehen die Klärung von rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten, sowie Fragen bezüglich der langfristigen Leitung und Administration der Genossenschaft im Raum. Dies stellt – insbesondere für kleinere, ehrenamtlichen Initiativen – eine Herausforderung dar.

### **Fazit und Handlungsempfehlungen**

Unglaublich vielfältig, unterschiedlich ausgestaltbar und dennoch verbunden durch die Wertestruktur, die der Rechts- und Unternehmensform zugrunde liegt, bieten eingetragene Genossenschaften mannigfaltige Lösungsmöglichkeiten. Wichtig hierbei ist unter anderem eine konsequente Operationalisierung des Förderauftrags sowie die Hervorhebung der Werte und Prinzipien als Alleinstellungsmerkmale dieser Organisationsform. So kann eine effiziente Kundenbindung, Vertrauensbildung, Loyalty-Management sowie die erwähnte Transparenz und größtmögliche Partizipation gewährleistet werden. Auch Zukunftsfelder lassen sich durch genossenschaftliche Initiativen optimal umsetzen. So können **genossenschaftliche Plattformlösungen, bzw. Datengenossenschaften** als „Geschäftsmodell der Zukunft“

betrachtet werden, da sie zum einen entscheidende Impulse für die regionalen Wirtschaftskreisläufe liefern und zum anderen zugleich Fragen der Datensicherheit beantworten können. Auch für die **Nachfolgeproblematik** sowie die **Fachkräftesicherung** werden Lösungen geschaffen. Darüber hinaus tragen genossenschaftliche Unternehmungen zum Erhalt und Ausbau von Netzwerken, der Stärkung der Risikotragfähigkeit und nicht zuletzt zum Schutz vor Übernahmen bei. Ein wichtiger Aspekt bei der erfolgreichen Etablierung der Genossenschaftsidee in Politik und Praxis ist die Öffentlichkeitsarbeit, um nichtzutreffende Hemmfaktoren zu entkräften. Zu diesem Zweck sind die positiven Attribute (z.B. Selbsthilfe, Förderauftrag, Regionalität, Krisenstabilität) zu betonen. Existierende Hemmnisse, bzw. Schwierigkeiten (langwierige Entscheidungswege, Zielkonflikte, hohe Anforderungen an das qualifizierte Ehrenamt) gilt es engagiert anzugehen, um diese zu beseitigen oder abzuschwächen. Zudem müssen Genossenschaften ihre Chancen noch gezielter nutzen (Nischen, Beratungs- und Servicekompetenz) und Herausforderungen (Allianzen, Exportstrategien, Digitalisierung) aktiv begegnen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig die Mitglieder als Ressource zu nutzen, umfassende Transparenz zu schaffen und die Attraktivität für Nachwuchskräfte (z.B. Altersgruppen-spezifische Kommunikation) sicherzustellen. In Folge dessen werden mündige, unternehmerisch denkende Mitglieder in das Genossenschaftswesen eingebunden, die als „kritische Freunde“ und externe Impuls- und Feedbackgeber mit geschultem strategischem Blick die Geschäftspolitik der Genossenschaft begleiten, sich aktiv beteiligen und Verantwortung übernehmen. Daraus ergeben sich für uns die im Folgenden skizzierten Handlungsfelder, in denen konkrete Ansatzpunkte durch Maßnahmen seitens der Politik unterstützt und aktiv gefördert werden können und sollten.

#### **„Ermöglichungshaltung“ seitens Politik und Verwaltung**

Essentielle Bedingung zur Umsetzung der skizzierten Ziele ist es, eine „Ermöglichungshaltung“ auf Seiten der Politik sowie der Verwaltung zu erzeugen, um mit geringem bürokratischen Aufwand und einer zugleich pragmatischen und innovativen Zusammenarbeit gemeinsam zukunftsfähige Ideen zu entwickeln und kooperativ umzusetzen.

#### **Förderung der Prozessbegleitung:**

Um eine (Bürger-)Genossenschaft zur Daseinsvorsorge zu gründen, sind möglichst viele Akteure in die Konzeptentwicklung und die Gründungsphase einzubeziehen: Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, kirchliche Einrichtungen, Vereine, Stiftungen, bestehende Genossenschaften, Gewerbetreibende, Händler, Dienstleister – so werden „Betroffene“ zu „Beteiligten“. Dies erfordert einen umfassenden Prozess, der möglichst auch extern begleitet wird. Zudem müssen spezifische Beratungsleistungen zu unterschiedlichen Fragestellungen abgerufen werden können, wie zur Entwicklung des spezifischen Geschäftsmodells, zur Erarbeitung der passenden Organisationsstruktur, zur Konzeption der Satzung, zur Rolle der Kommune in der Genossenschaft und zur Beratung hinsichtlich der bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten. Hier stehen Fragen wie die Nutzung von Fördermitteln, die Ausgestaltung der Höhe der Genossenschaftsanteile und die Gestaltung der Kreditvergabe im Raum. Diese Leistungen könnten im Sinne einer erweiterten Gründungsberatung finanziell gefördert werden – idealerweise auch die Nachgründungsphase – um stabile Strukturen aufzubauen. Wichtig in diesem Zusammenhang sind auch die sogenannten Erfahrungsgruppen (Erfahrungsaustausch-Gruppen), die Raum für die Vernetzung der beteiligten Akteure schaffen. Zudem sind gezielte Fortbildungsangebote für die breite Öffentlichkeit anzustreben, um das Wissen über genossenschaftliche Kooperationen im Allgemeinen zu stärken. Auch für diese Formate sollten finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

#### **Konzeptvergabe verstärken:**

Die gegenwärtige Krise im Wohnungsbau erfordert einen Fokus auf die Entwicklung neuer Steuerungs- und Planungsinstrumente und ein neues Aufgaben- und Rollenverständnis der Stadtplanung. Dazu gehören Beteiligung, Demographie-Festigkeit und architektonische

Qualität. Gleichzeitig gilt es, Wohnungsbau nicht gegen die Klimaschutzziele auszuspielen. Eine Absenkung bestehender Standards ist keine zielführende Lösung, vielmehr müssen die beiden Herausforderungen im Verbund gelöst werden. Immer mitzudenken ist – neben dem Neubau – stets die Möglichkeit einer Umnutzung leerstehender Gebäude, vor allem in den Ortskernen. Somit kann die Ortsmitte belebt und gestärkt, die ortsbildprägenden (ggf. unter Denkmalschutz stehenden) Gebäude erhalten, kurze Wege für Nahversorgung ermöglicht, das Klima geschont und der Flächenverbrauch eingeschränkt werden. In diesem Zusammenhang gibt es bereits beeindruckende genossenschaftliche Modelle, in denen zukunftsweisende Versorgungskonzepte beispielsweise die Nutzung regenerativer Energie aufzeigen. Dies belegt die essentielle Bedeutung von Genossenschaften, was erkannt und unterstützt werden sollte – durch finanzielle Anreize, durch Netzwerk-Strukturen und Hubs. Gleiches gilt für den sozialen Sektor (z.B. Inklusion) und Dienstleistungen im Bereich der erweiterten Daseinsvorsorge, die über die einzelne Genossenschaft hinaus ganzen Quartieren und gegebenenfalls sogar Regionen dienen können („WohnenPLUS“).

#### **Vereinfachung für kleine Genossenschaften (z.B. Dorfläden):**

Genossenschaften leisten einen erheblichen Anteil in Bezug auf die Nahversorgung in ländlichen Gebieten. Auch in städtischen Regionen können Genossenschaften einen wichtigen Beitrag zur Nahversorgung mit regionalen Gütern leisten. Diesem Umstand ist durch angemessene Erleichterung (beispielsweise durch Vereinfachung im Hinblick auf den Erhalt der ELR-Förderung) Rechnung zu tragen; natürlich stets unter dem Vorbehalt die Insolvenzsicherheit durch Pflichtprüfung nicht zu gefährden.

#### **Anpassung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG):**

Die Investition in neue Photovoltaik-Anlagen, mit denen z.B. Genossenschaftsmitglieder mit ihrem eigenen Strom versorgt werden, sollte wieder wirtschaftlich möglich sein; beispielsweise durch die Wiedereinführung des solaren Grünstromprivilegs (wie in §39 Abs. 3 EEG 2012) oder eine anteilige Gleichstellung mit der Eigenversorgung (vgl. §61 EEG 2014). Lokale Vermarktungsformen würden die Marktintegration von PV-Anlagen fördern, da diese Anlagen schrittweise in selbsttragende Marktstrukturen überführt würden. Der Direktverbrauch von Solarstrom entlastet außerdem die EEG-Umlage und würde darüber hinaus die Netz- und Systemintegration des PV-Stroms fördern, da die Erzeugung stärker am lokalen Bedarf ausgerichtet wäre. Durch eine direkte Mitgliederversorgung aus den eigenen EE-Anlagen würde damit eine genossenschaftliche Leistungsbeziehung im Sinne des § 1 Genossenschaftsgesetz entstehen. Dies hätte einen positiven Einfluss auf das persönliche Verhalten der Mitglieder. Sie werden aktiv in die „Stromthematik“ eingebunden, beschäftigen sich intensiv mit der Energiewende und ändern schließlich auch ihr energetisches Verhalten. Eine weitere Forderung betrifft den Betrieb von Blockheizkraftwerken. BHKW-Anlagen tragen durch bessere Brennstoffausnutzung erheblich zum Klimaschutz bei. Ein positiver Effekt ist eine nicht zu unterschätzende Kostenersparnis. Denn aus dem eingesetzten Brennstoff wird doppelte Energie in Form von Strom und Wärme gewonnen, für die man nur einmal zahlt. Deshalb sollte es ein neues Fördermodell mit weniger Verwaltungsaufwand für Bürger und Staat geben. Durch z.B. eine Zusammenlegung der KWKG-Förderung und den Energiesteuerentlastungen ließe sich die Attraktivität der Investition in KWK erheblich steigern.

#### **Steuerliche Vorteile erhalten, bzw. im Bedarfsfall ausbauen:**

Den von Genossenschaften erzeugten „positiven externen Effekten“ wird auf diese Weise Rechnung getragen und die wertvolle gesellschaftliche Bedeutung angemessen honoriert. Steuersparmodelle (wie u.a. bei den „Familiengenossenschaften“) sind auszuschließen, da sie vom gesetzlich vorgeschriebenen genossenschaftlichen Förderzweck abweichen.

#### **Qualifizierung des Ehrenamts**

Die begrüßenswerte Unterstützung des Landes für kleine Initiativen sollte beibehalten und darüber hinaus eine Unterstützung im Hinblick auf die Förderung und Qualifizierung des Ehrenamtes erfolgen.



## **Ansprechpartner/Innen**

---

### **Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.**

Heilbronner Straße 41  
70191 Stuttgart

Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband e.V. (BWGV) ist eine der mitgliederstärksten Wirtschaftsorganisationen im Südwesten. Der BWGV repräsentiert rund 900 mittelständische Unternehmen aus mehr als 50 Branchen, die alle einen gemeinsamen Nenner haben: die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG). Die Mitgliedsgenossenschaften des BWGV werden von insgesamt mehr als 3,9 Millionen Menschen, also jedem dritten Einwohner Baden-Württembergs, als Einzelmitglieder getragen. Sie sind die Eigentümer der Genossenschaften und in ihrem Dienst steht die Genossenschaftsorganisation. Seit 2016 ist die Genossenschaftsidee und -praxis als immaterielles Kulturerbe der UNESCO anerkannt.

### **SPES e.V. (Studiengesellschaft für Projekte zur Erneuerung der Strukturen)**

Okenstraße 15  
79108 Freiburg

Im Verein 'SPES e.V.' haben sich Menschen zusammen geschlossen die zur Stärkung der Lebensqualität beitragen wollen, indem sie Methoden zur Bürgerbeteiligung, Modelle für Nahversorgung und Nachbarschaftshilfe, Konzepte im Blick auf den demographischen Wandel, Initiativen für die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und weitere Zukunftsmodelle entwickeln. Der gemeinnützige Verein unterstützt Gemeinden und Regionen, die diese Modelle umsetzen wollen.

### **K-Punkt Ländliche Entwicklung im Kloster Heiligkreuztal**

Am Münster 11  
88499 Heiligkreuztal

Der K-Punkt Ländliche Entwicklung im Kloster Heiligkreuztal unterstützt Menschen in ländlichen Räumen dabei, ihren Lebensraum zu gestalten. In Tagungen werden aktuelle Herausforderungen und Chancen aufgegriffen und im Rahmen von Beteiligungsprozesse bürgerschaftliches Engagement gestärkt. Zudem engagiert sich der K-Punkt in Forschungs- und Entwicklungsprojekten und erarbeitet übertragbare Modelle, die Antworten auf die Herausforderungen in ländlichen Räumen geben.